

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

## Er scheint

wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



## Anzeigen

werden die sechs-spaltige 8 mm hohe (Recht) Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen sollen pro Seite 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datenverweigerung und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkonten Frankfurt a. Main Nr. 20771.

Annahmgebühr für Offerten und Auskünfte beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 134.

Donnerstag, den 12. November 1925.

18. Jahrgang.

Wer immer singt und immer flennt  
von Liebesglück und Schmerz,  
Dem fehlt, was er am meisten nennt,  
Dem fehlt Gemüt und Herz.

## Die Völkerbundskontrolle.

Die Überwachung der deutschen Heereseinrichtungen ist nach dem Rat von Locarno in der Welt getreten ist, eine dauernde sein. Und zwar wie mitgeteilt worden ist, diese Kontrolle nicht auf Oeder der Entente, sondern auf Anweisung des Völkerbundes erfolgen. Wenn eine Regierung dem Bund von einer deutschen Verletzung Mitteilung gemacht hat, so werden von Genf aus Kommissare zur Prüfung des Sachverhalts abgeandt, aber es wird weichen Ort sich die Kontrollkommission begeben. In diesem Verfahren liegt ein offenes Verbrechen gegen uns. Der Völkerbund will das freilich nicht wahr haben, sondern er glaubt schon genug zu tun, wenn er in Berlin befiehlt läßt, daß sich zwei Wochen in Deutschland fremde Offiziere die deutsche Wehrmacht-Verwaltung kann also dann für ihr ganzes Gebiet anordnen, genau nachzuforschen, ob in irgend einer Garnison etwas zu wünschen übrig bleibt.

Dieser Zustand ist unhaltbar, und zwar aus einem sehr einfachen Grunde. Deutschland soll beinahe vollständig dem Völkerbunde erhalten. Da kann es unserem Vertreter unmöglich verheimlicht werden, wenn eine Behörde von einer fremden Behörde sich eine Verletzung hätte zuschreiben kommen lassen. Oder soll es unseren Vertretern in Genf etwa verboten werden, ihrer Regierung in Berlin davon Nachricht zu geben? Das ist unmöglich, widerspricht auch ihrem Dienst. Es kann also Deutschland gar nicht verheimlicht werden, wenn gegen uns Denunziationen eintreffen, oder aber wir müssen im Völkerbund als Mitglied zweiten Ranges behandelt werden, und einen solchen Vorstoß gegen die Gleichberechtigung haben wir nicht nötig zu lassen. So wie man es sich gedacht hat, ist also die Sache nicht durchzuführen.

Dann kommt aber auch noch die moralische Seite der Angelegenheit in Betracht. Woher wollen die Regierungen, welche gegen die deutsche Wehrverweigerung Anklage erheben, ihr Material für diese Verurteilungen nehmen? Es wird in letzter Linie alles auf Spionage hinauslaufen, und die ist nicht unzulässig. Die deutschen Wehrangehörigen werden also zur Anklage aufgeführt und bestraft werden müssen, damit Verstoß ermittel werden können. Daß das auch Verleumdungen mit unterfallen werden, ist vorzuziehen. Bei der letzten Generalkonferenz hat es ja schon nicht an Vögen über verborgene Waffen geblieben. Die künftige Kontrolle, die nur auf Spionage, Denunziation und Verleumdung beruhen kann, ist also als unmoralisch und aufreizend entschieden zu verwerfen. Wir würden niemals Ruhe haben.

Die ewige Kontrolle über die deutschen Wehrverweigerungen müßte naturgemäß als Gegenstück eine Kontrolle über den Stand der Bewaffnung der übrigen Mitglieder des Völkerbundes haben, für die eine allgemeine Entwaffnung in Aussicht genommen ist. Niemand bürgt uns dafür, daß z. B. die französische Armee nicht dauernd anwachsen wird, und wer will zudem kontrollieren, welche Streitkräfte im dunklen Afrika für französische politische Zwecke verborgen gehalten werden?

Wird Deutschland kein rückhaltloses Vertrauen entgegengebracht, so besteht für uns erst recht kein Anlaß, alles für bare Münze zu nehmen, was der brenner Bund uns darbietet. Und am allerwenigsten im Zeichen einer ewigen Kontrolle, die uns mit einem unausweichlichen Mafel belastet. Lassen wir uns das gefallen, so wird von den wider uns erhobenen Vorwürfen stets etwas an uns hängen bleiben.

## Wirtschaft und Locarno.

Eine Kundgebung deutscher Wirtschaftsführer. Eine Anzahl führender Persönlichkeiten des deutschen Wirtschaftslebens veröffentlicht eine längere Kundgebung, die sich gegen die Haltung der Deutschen Nationalen Volkspartei über dem Vertragswert von Locarno wendet. Es heißt darin u. a.:

Die Reichsregierung hat eine Entscheidung der Parteien bis zur Stunde nicht gefordert. Sie hat selbst darauf hingewiesen, daß sie diese Entscheidung erst treffen könne, wenn sie in der Lage sei, die Rückwirkungen auf das Rheinland zu überblicken.

Gegenüber dieser Darstellung ist es uns unverständlich, daß die Deutschnationale Volkspartei, ehe der gesamte Tatbestand überhaupt zur Beurteilung reif ist, gegen Locarno Stellung genommen hat und aus dem Kabinett ausgeschieden ist. Dieses Ausschließen einer großen Partei, hinter der viele Millionen deutscher Wähler stehen, ist angetan, uns außenpolitisch schwer zu schädigen und innenpolitisch eine Bewegung anzubahnen, die nicht im Sinne staatsrechtlicher Parteien liegen kann. Wir brauchen gegenüber den schmerzlichen Verhältnissen, unter denen die gesamte Wirtschaft leidet, eine starke bürgerliche Regierung. Durch die Schwächung der Regierung ist ihre außenpolitische Situation gefährdet, die innenpolitische Situation aber in eine Richtung getrieben, die von keinem konservativ denkenden Manne gebilligt werden kann.

Zu den Unterzeichnern gehören u. a. Fürst zu Fürstberg und Fürst zu Hohenlohe.

## Abg. Schlange über Locarno.

Der bekannte deutschnationale Reichstagsabgeordnete Schlange-Schönningen sprach in München in einer öffentlichen Versammlung über Locarno. Er führte dabei u. a. aus: Der Austritt der Deutschnationalen aus der Regierung sei einmal deswegen erfolgt, weil es ein Gebot der Ehrlichkeit gegenüber Aufseher gewesen sei, ferner deshalb, weil zu befürchten gewesen sei, daß in den nächsten Wochen ein Erdbeben der Stimmungsmache über das deutsche Volk ergehen würde, jedoch hernach die Ablehnung der Deutschnationalen nicht mehr verstanden werden würde, und schließlich sei der Austritt erfolgt, damit bei Annahme des Vertrages den Deutschnationalen nicht nachgesagt werden könne, sie seien mitverantwortlich.

## Dr. Schacht und der Dawespakt.

Erklärungen vor der New Yorker Presse. Reichsbankpräsident Dr. Schacht wird Ende der Woche die Rückreise von Amerika nach Deutschland antreten. Ueber den Zweck seiner Amerikareise gab Dr. Schacht vor der New Yorker Presse eine Erklärung ab. Er sagte, in den Zusammenkünften, die er mit amerikanischen Bankiers gehabt habe, sei die Lage des Weltkredits besprochen worden. Er habe Informationen über die Verhältnisse in Deutschland gegeben und seien den amerikanischen Bankiers über die Verhältnisse in Amerika unterrichtet worden.

Die Gerüchte, daß er mit amerikanischen und englischen Bankiers Beratungen gepflogen habe, um einen die Welt umfassenden Pakt zur Zentralisation und Kontrolle des Weltgeldmarktes in New York zustande zu bringen, seien reiner Unfuss. Ueber eine Revision des Dawesplans habe er sich in keiner Weise geäußert.

Dr. Schacht sprach dann über die allgemeine Lage Deutschlands und bemerkte, es sei noch viel schwere Arbeit zu tun, bevor Deutschland seine frühere Wohlfahrt wiedererlangen werde. Wir erkennen an, sagte Schacht weiter, daß bei der

## Gewährung von Kredit

vorsichtig verfahren werden muß, und wir erkennen unsere Verantwortung in dieser Hinsicht an.

Aus diesem Grunde sind die Deutsche Regierung und die Deutsche Reichsbank gegen eine zu weitgehende Vorgewaltigung von Staaten und Gemeinden. Anteilen von Staaten und Gemeinden sollten nur für produktive und wirtschaftliche Zwecke aufgenommen werden. Für Anteile der Industrie und Landwirtschaft ist keine Kontrolle nötig. Sie werden begünstigt, weil sie unmittelbar dazu beitragen, die Produktivität zu vermehren.

Zum Schluß erklärte Reichsbankpräsident Schacht, er habe mit seiner Reichsbank nach Amerika keine geheimen Absichten verfolgt. Er habe vielmehr seine Absichten über die internationale Finanzlage mit amerikanischen Sachverständigen austauschen wollen.

## Die Flugblatt-Propaganda.

### Aus dem Dolchstoß-Prozess.

Im Dolchstoß-Prozess wurde am Mittwoch die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Senatspräsident Josef Sieber machte dabei wichtige Mitteilungen über die sozialdemokratische Flugblattpropaganda. Im Frühjahr 1916 seien Zettel hergestellt und ins Feld geschickt worden, in denen vom Eroberungskrieg gesprochen, auf die zahlreichen Kriegsverbrechen hingewiesen, der Frieden verlangt und angedeutet worden sei, es handele sich um

keinen Verteidigungskrieg, sondern um kapitalistische Interessen. Das Bestreben der Antisemitischen ist es immer gewesen, gewisse Ereignisse für ihre Zwecke auszunutzen und sich an die große Masse zu wenden. Dazu sei besonders die Beurteilung Diebstahls wegen Landesverrats geeignet gewesen, die die Herausgabe von Flugblättern mit Aufforderung zum Massenstreik zur Folge gehabt hatten. Von 1916 bis 1918 seien etwa zehn bis zwölf Nummern der Spartakuschriften erschienen, die ebenfalls zum Massenstreik und Hochverrat aufgefordert hätten. In Berlin habe Spinski versucht, den Streik auf politisches Gebiet hinüberzuleiten. Weiter sprach der Zeuge über

### die Propaganda unter den Jugendlichen.

Anlässlich der Maifeier 1917 veranfaßte die Jugend einen Straßenzug, wobei ein Aufruf verteilt wurde, der den Straßenzug 1899 aufforderte, sich nicht zum Militär einzulassen zu lassen. An dem Mißbrauch des Januarstreiks 1918, der einen verhältnismäßig bedeutenden Umfang annahm, haben die Unabhängigen eine ziemlich große Schuld.

## Der Geist von Locarno.

### Materialisierung im Buckingham-Palast.

Der von Chamberlain so gern zitierte „Geist von Locarno“, der bisher nur von wenigen ausgewählten politischen Medien wahrgenommen werden konnte, soll sich am 1. Dezember in Form eines großen Staatsbanketts im Londoner Buckingham-Palast materialisieren. Aus London werden schon allerhand Einzelheiten über diese weitläufige bedeutende Rückwirkung des Vertrages von Locarno berichtet. Danach sollen an dem vom Königspaar gegebenen Diner die zur Unterzeichnung nach London gekommenen Minister mit ihren Gattinnen, die Mitglieder des englischen Kabinetts sowie die Londoner Botschafter der Großmächte teilnehmen. Neuerdings wird auch wieder die Teilnahme Mussolinis in Aussicht gestellt. Das Diner

wird mit dem großen äußeren Gepränge eines sogenannten Staatsbanketts ausgestattet werden, d. h. alles Gold- und Silbergerät des englischen Königspaares wird zur Aufstellung und Verwendung gelangen, als ob das Königspaar eines fremden Landes empfangen würde.

Im Anschluß an dieses Diner findet im Buckingham-Palast ein für annähernd 1000 Personen berechneter Empfang des diplomatischen Korps und der Hofgesellschaft zu Ehren der ausländischen Gäste statt. Am 2. Dezember sind die Unterzeichner des Paktes bei einem Frühstücksgang der City, und abends gibt die englische Regierung im Lancaster-Haus ein Diner und einen großen Empfang zu Ehren der englischen Gäste.

## Die Rückwirkungen.

Inzwischen erfährt man auch aus englischen Blättern, wie man sich im übrigen die Rückwirkungen denkt: Es soll im Rheinland der Zustand hergestellt werden, wie er nach dem Versailler Vertrag und dem gleichzeitig unterzeichneten Rheinlandabkommen vorgegeben war.

So meldet die Westminster Gazette, nach dem 1. Dezember werde das gleichzeitig mit dem Vertrag von Versailles unterzeichnete Rheinlandabkommen wieder in vollem Umfang in Kraft gesetzt werden. Der größte Teil der 300 Ordnungen der Rheinlandkommission werde widerrufen werden, damit die deutsche Verwaltung wiederum in vollem Umfang Justiz und innere Verwaltung im Rheinlande durchführen könne. Es werde eine politische Amnestie durchgeführt werden und die volle Verkehrsfreiheit zwischen besetzten und unbesetzten deutschen Gebiet.

Ueber eine kleinere Rückwirkung wird aus Koblenz berichtet: Die Rheinlandkommission verweigert seitenerzeit ohne Angabe der Gründe, daß der Vizepräsident Geheimrat Schneider und der Reichsbahnmannamann Weibelauer von der Reichsbahndirektion Mainz, die während des passiven Widerstandes ausgewiesen worden waren, zurückzuführen, aber ihre Dienstgeschäfte nicht wieder aufnehmen dürften. Nunmehr genehmigte die Rheinlandkommission, daß die Beamten die Arbeiten bei der alten Dienststelle wieder aufnehmen dürfen.

Alles in allem: Es sollen nur die offensibaren Rechtsbrüche der Entente rückgängig gemacht werden (wozu auch die vertragswidrige Bewegung von Köln gehört) und im übrigen soll die Politik der Nadelstiche eingestellt werden. Von irgendwelchen Erleichterungen über den Versailler Vertrag hinaus ist dagegen keine Rede.







Zu Fall wurde in Straßund ein altes Fräulein, in der Wohnung des verstorbenen Sohns, dessen Erbenung hier, im Bett tot aufgefunden. Die Leiche wurde durch den Arzt untersucht. Die Leiche wurde durch den Arzt untersucht. Die Leiche wurde durch den Arzt untersucht.

Der Postassistent war in Philatelistenkreisen eine bestimmte Persönlichkeit. Der Verdacht, an dem Postamt beteiligt zu sein, wurde auf den Postassistenten durch die Presse allenthalben geäußert. Die Leiche wurde durch den Arzt untersucht.

Weitere Mordfälle der Postassistenten. Nach dem Mord in Straßund begab sich die Leiche nach Berlin, wo sie die geraubten Briefmarken für den Verkauf veräußerte. Das Geld war bald verbraucht, weshalb wurden zwei weitere Mordfälle ausgeführt.

## Aus der Heimat

Spangenberg, den 12. November 1925.

**Rundfunk.** Wir weisen an dieser Stelle noch auf den Vortrag über „Radio“ hin, welcher am Freitagabend in der 1. Klasse der Stadtschule stattfindet. Der Herr, der die Veranstaltung über die Eigenschaften auf dem Gebiet der Radio-Technik unterrichten und interessierte Kreise von der Leistungsfähigkeit seiner Apparate überzeugen. Zu diesem Zweck wird durch Lautsprecher europäische Stationen zu Gehör bringen. Näheres ist aus der Anzeige zu erfahren.

**Besserung der ländlichen Postverhältnisse.** In einer kleinen Anfrage der Kommunistischen Landtagsfraktion wurde auf die Mängel hingewiesen, die durch den Abbau der Landbriefträger in den ländlichen Orten hinsichtlich der Postzustellungen entstanden seien. Das Staatsministerium wurde ersucht, auf Anstellung einer ausreichenden Zahl von Landbriefträgern sowie auf beschleunigte Zuteilung der Postwagen auf dem Lande bei der zuständigen Stelle hinzuwirken, ferner anzugehen, daß den ländlichen Postverwaltungen wieder wie früher eine finanzielle Entschädigung gezahlt werde. Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, erklärt der Preussische Staatsminister in seiner Antwort die Bereitwilligkeit des Staatsministeriums, für Anstellung einer ausreichenden Zahl von Landbriefträgern, sowie für eine beschleunigte Zuteilung der ländlichen Postwagen hinzuwirken, sobald und soweit dies entsprechend dem Umfange des Verkehrs, den bestehenden Postverbindungen und der finanziellen Lage der Reichspost möglich ist. Eine Einwirkung des Staatsministeriums in der Richtung, daß die ländlichen Poststellen wieder Aufwandsentschädigungen in ungefähre gleicher Höhe wie vor dem Kriege erhalten, erübrigt sich, da diesem Wunsch nach einer Umteilung des Reichspostministeriums bereits jetzt Rechnung getragen wird.

**Homburg.** Der Schulamtsbelehrer Heinrich Weber, welcher bei dem schweren Bootsunglück auf dem Ziegler See am vorigen Mittwoch als einziger von 32 Insassen nicht getötet wurde und seinen Tod in den Wellen fand, kammt von hier und ist der Sohn der hier wohnenden Witwe Weber, geb. Kranz, aus Homburg, deren etliches Gut an demselben Tage infolge einer durch Kurzschluß ausgetretenen Feuerbrunst teilweise in Asche gelegt wurde. Er besuchte das hiesige Lehrseminar, das er im Jahre 1925 nach bestandener Abgangsprüfung verließ. Einem einzigen Gut hielt er sich in Spandau auf, wo er die preussische Postschule für Leibesübungen zwecks Ausbildung zum Turnlehrer besuchte. Während die 31 Insassen der durch den Sturm gekenterten Schiffe durch ausgefandene Rettungsboote in Sicherheit gebracht wurden, hatte Weber verunglückt, durch Schwimmen das Land zu erreichen. Hierbei verließen ihn etwa 150 Meter vor dem Ziel die Kräfte, was seinen Untergang herbeiführte. Trotz eifrigster Bemühungen des Reichswasserschutz konnte die Leiche bis jetzt noch nicht geborgen werden. Der so schwer heimgeleitete Mutter wird hier allgemeine Teilnahme entgegengekömmt.

**Cassel.** Dienstag nachmittag um 4½ Uhr ereignete sich bei Trubenhäusen ein entsetzliches Autounfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Das Geschäftsauto der Deutschen Petroleum-Verkaufs-Gesellschaft — ein Opel-Landwirtschaftswagen — das die Straße Gropalmerode-Trubenhäusen in mäßiger Fahrt anlangte, wurde von einem schweren Pferd angefaßt. Das Pferd, das am Galopp gefahren wurde, setzte mit den Vorderhufen auf den Kühler. Der Geschäftsführer der Deutschen Petroleum-Verkaufs-Gesellschaft, Es, der selbst am Steuer saß, suchte den ausweichenden Schlägen des Tieres auszuweichen. Dabei geriet er hart an den Rand der Straße, die nach rechts einige Meter steil abfällt. Der Wagen rief einen der Gipssteine los und stürzte in die Tiefe, von dem Wagenlenker, der sich am Steuerdrehwerk befand, mit seinem ganzen Gewicht förmlich zusammengedrückt. Der Bedauernswerte war sofort tot. Der Besfahrer wurde im Wagen aus dem Fahrzeug herausgeschleudert und erlitt einen schweren Kopf- und leichte Verletzungen.

**Wieschede.** Auf der Strecke Steinbelle-Medebach oberhalb Niedersfeld waren Arbeiter damit beschäftigt alte Eisenbahnschwellen auf einen Waggon zu verladen. Plötzlich setzte sich der Waggon mit einem Teil der Ladung und sechs Arbeitern talabwärts in Bewegung. Drei der Arbeiter sprangen folglich ab, die drei anderen erst unterhalb

Niedersfeld und erlitten teils schwere, teils leichtere Verletzungen. Neuzigle Döse war gleich zur Stelle. Der Wagen sprang oberhalb der Brücke zwischen Niedersfeld und Wiemeringhausen aus dem Gleise und wurde zertrümmert.

## Aus Stadt und Land.

Das Ende des Separatisten. Vor den Richtern hatte sich der Separatistenführer Freitag in Berlin vor verantworten, der des Falschschlags angeklagt war. Nach den letzten Zeugnisaussagen drang er zusammen und legte ein Geständnis ab. In seiner Eigenschaft als Separatistischer Führer fuhr er mit mehreren Leuten im Kasko über die Gasse nach Homburg. Pöhlisch tauchen im Lichtegel des Scheinwerfers ein haar Gestalten auf. Freitag legte sofort seine Hände an und schoß auf die Gestalten. Er taumelte und fiel, die anderen flohen. Es stellte sich heraus, daß es im ganzen vier unbewaffnete junge Burtschen waren, die dem Automobil entgegentraten. Der Staatsanwalt beantragte eine Zuchthausstrafe von 1½ Jahren. Das Schwurgericht verurteilte ihn zu acht Jahren Zuchthaus.

**Aus dem Zuchthaus ausgebrochen.** Zwei zum Tode verurteilte, dann aber zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigte Mörder sind aus dem Zuchthaus in Prandenburg ausgebrochen. Es handelt sich um einen 21 Jahre alten Bureauboten Kurt Goldbach und einen 27 Jahre alten Landarbeiter Josef Kobacz. Bis jetzt ist noch keine Spur von ihnen gefunden.

**Die Not in Oberschlesien.** Die Zahl der Erwerbslosen ist in Oberschlesien und besonders in Neuhardenberg ständig im Zunehmen begriffen. Bei der außerordentlichen Teuerung ist es den Erwerbslosen gänzlich unmöglich, mit der Erwerbslosenunterstützung auch nur den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Erwerbslosen haben daher eine Entschädigung an die Reichs- und Staatsregierung und die ober-schlesischen Abgeordneten mit der dringenden Bitte zur Beschaffung von Arbeit erachtet.

**Die Nationalsozialisten in München.** Vor der Feldherrnhalle in München versuchten Nationalsozialisten eine Demonstration. Starke Aufgebote der Schutzmannschaft und der Landespolizei, die von den Nationalsozialisten mit Pfeifern empfangen wurden, hielten die Demonstration zurück und drängten die mittlerweile entstandenen Ansammlungen auseinander. Die Polizei hat 17 mit Hinterbänden besetzte Leute festgenommen, darunter den von früheren Demonstrationen her bekannten Kaufmann Heines. Ein Umzug der Nationalsozialisten wurde abgelehnt.

**Unter dem Verdacht der Geheimbündelei verhaftet.** Beamte der Landeskriminalpolizei des Regierungspr. nahmen auf 2 großen Gütern im Bezirk Alfenstein in untergeordnete Leute unter dem Verdacht der Geheimbündelei fest. Es handelt sich um 20 Personen, von denen zwei als Führer und Organisatoren tätig waren. Die Verhafteten stammen aus Bommern, Weidenburg, Hamburg, Bayern und Oberschlesien. Die Verhafteten sind militärisch gekleidet, waren im Besitze von Waffen und haben mit diesen Waffen auch Übungen veranstaltet. Gewehre, Munition und anderes Material ist beschlagnahmt worden.

**Fünf Todesopfer bei einer Benzineexplosion.** In Lissa, einem Städtchen an der früheren Provinz Posen explodierten während des Wochenmarktes mehrere Benzintanks. Von den zahlreichen Marktbesuchern wurden fünf Personen getötet und viele verletzt. Bei der Panik wurden noch weitere Personen im Gedränge verletzt. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht geklärt.

**Ein Wasserflugzeug gekentert.** Bei der Ankunft im Sund kenterte ein deutsches Flugzeug, das von Warnemünde zu einem Nachflug nach Kopenhagen gestartet war, vor der Wasserflugzeugstation der dänischen Marine. Der Beobachter wurde beim Kentern ins Wasser geschleudert. Als das Motorboot der Wasserflugzeugstation einige Minuten nach dem Unfall den Aeroplan erreichte, lag dieser mit beiden Postons im Wasser. In der Zwischenzeit war es dem Führer gelungen, unter dem Wasser von der Maschine frei zu kommen. Er hatte sich mit dem Beobachter auf die Postons gerettet. Keiner von ihnen ist zu Schaden gekommen. Die Maschine wurde ins flache Wasser geschleht. Die Ursache des Unfalls scheint eine Wendung der Maschine im Landungs Augenblick gewesen zu sein.

**Die Ballonhülle „Hamburg“ gefunden.** Vor einigen Tagen wurde in Lübeck bei den Vorbereitungen zu einem Freiballonaufstieg die Hülle des Ballons „Hamburg“ von einer plötzlichen Wö den Händen der Mannschaften entziffen. Die sofort aufgenommenen Nachforschungen nach dem Ballon hatten keinen Erfolg. Wie jetzt festgestellt wurde, ist die Hülle bei dem Gute Sierhagen bei Neustadt a. d. Hbf. glatt niedergegangen und dort von einem Förster gefunden worden.

**Der Typhus im Rheinland.** Die Anstichungsquelle bei den Typhuserkrankungen in Ronsdorf (Rheinland) ist nach dem Bericht des Kreisarztes in verdächtig Milch zu suchen, die von dem Ronsdorfer Milchgeschäft verkauft und von auswärtigen Milchproduzenten geliefert wurde. Bis her sind 19 Erkrankungen mit drei Todesfällen zu verzeichnen. Auch aus Barmen Stadt und Land wird je ein Fall von Typhus gemeldet. In Weidenburg hat sich die Zahl der Typhusfälle auf 254 erhöht. In den letzten acht Tagen sind keine weiteren Todesfälle zu verzeichnen. Eine große Anzahl der Erkrankten ist auf dem Wege der Besserung. Es ist zu hoffen, daß die Epidemie ihren Höhepunkt erreicht hat.

**Hochwasser der Nahe.** Infolge der anhaltenden Regenfälle der letzten Tage ist die obere Nahe über die Ufer getreten und hat große Ländereien überschwemmt. Da die kleineren Nebenflüsse immer neue Wassermassen mit sich führen, ist mit einer Hochwasserflut zu rechnen. Auch die Wasserläufe der Westpfalz sind derart angeschwollen, daß die tiefer liegenden Wiesen und Acker bereits vollständig überschwemmt sind.

**Von Bismarcken angegriffen.** In Kronberg (Oberbayern) wurde der Sohn eines Katholikens, als er nachts nach dem ausgetragenen Reusen sah, von einem Hundel Bismarcken überfallen. Nur mit Mühe konnte er sich, nachdem es ihm gelang, zwei Stüd durch Erschlagen unschädlich zu machen, aus seiner gefährlichen Situation retten.

**Opfer einer Schneelawine.** Bei dem Bau der Jagdschlößchen auf Herreldorfer Seite hat sich ein schwerer Unfall ereignet. Auf dem Heimwege von der Arbeit wurden drei Arbeiter von einer Lawine erschlagen und ins Herreldorfer Schneefeld mitgerissen. Während zwei mit geringen Verletzungen davonkamen, wurde der dritte von der Lawine verschüttet und getötet.

## 75 Jahre Briefmarke.

**Postwertzeichen-Zubilaum in Preußen.** Mit dem 15. November d. J. runden sich 75 Jahre, seitdem in Preußen die ersten Postwertzeichen zur Ausgabe gelangten. Die ersten preussischen Briefmarken waren mit dem Kopfbild Friedrich Wilhelms IV. versehen und trugen einen Vorkerzanz als Wasserzeichen. Später kam das Wasserzeichen wieder in Fortfall und man druckte die Briefmarken statt auf buntfarbiges auf weißes Papier. Im Jahre 1869 ging man wieder dazu über, das Markenpapier mit einem, dem unbewaffneten Auge nicht sichtbaren Untergrund auszustatten, um Fälschungen zu vereiteln.

Im Jahre 1872, als von den deutschen Reichspost einige Marken herausgegeben wurden, wurde von einem besonderen Sicherheitsdruck Abstand genommen. Erst im Jahre 1889 kam man zu dem Sicherheitsverfahren wieder zurück. Es wurden auf der Reibrseite der Briefmarke Wellenlinien hergestellt, denen man durch ein Schmalgeist-Verfahren eine karminrosarote Färbung gab.

Drei Jahre später begann man damit, auf die gleiche Art Köpfer, Kronen und Adler auf den Marken herorzubringen.

## Jean Paul.

Zum 100. Todestage des Dichters am 14. November.

Als ein Kind eines abseitigen, nach geistlichen und wundergläubigen niederen Volkes ist Jean Paul Friedrich Richter (geb. 1763) aufgewachsen und teilt so, wie man mit Recht gesagt hat, den großen Gegenüber der Weimarer Bar. Er hat auch im Leben wohl ein gewisses Verhältnis zu dem ihm lebensfernen Herder, kaum zu Goethe, nie aber zu Schiller und Kant finden können. Das begrifflich-rhetorische, bildungsmäßige Wesen des „festigen“, männlichen Schwaben war seiner lyrischen Art entgegengekehrt, wie wiederum Schiller nichts so fern lag, als die idyllische, mythische Kleinnest des Franen, eine bunte, deutsche Atmosphäre, aus der er gerade das Volk in die hellere und leichtere Luft der Griechen hinführen wollte.



Jean Paul, Zum 100. Todestage am 14. November.

Durch diese Verankerung in der Wirklichkeit volkstümlichen Lebens fand Jean Paul der Romantiker nahe, die ihn gegen Weimar auf den Schild hob. Schon damals hat man erkannt, daß er etwas ganz Neues, ganz Anders bot, etwas, das noch „über Goethe“ war. Anders als dieser, hat er auch nach der Niederlage von 1806 mit Wort und Schrift der Wiederaufrichtung seines Volkes zu dienen gesucht. In ihm war der ursprüngliche Reichtum des Universaliums, er war unmitelbar mit der bunten Vielfalt des Lebens verbunden und schloß keinen Schwindel in dieser schwebenden, nirgendwo abgegrenzten Lage. Er wollte nicht zur klaren Unklarheit fester Formen gelangen, sondern sich die lyrisch-musikalische Empfänglichkeit gegenüber den Schwingungen der Seele erhalten. Nordisches und Südliches Wesen treten hier deutlich einander gegenüber.

Daher kann man ihn einen Realisten nennen, weil er die Wirklichkeit wiedergab, freilich durchleuchtet, in wie tief jenseitiges Luce sie auffing, aber unbestimmt um Droma und Regel. Deswegen ist er der Meister der Farben und Klänge, der Stimmungen, Ubergänge und der Träume, neben dessen Willen die Goethes nüchtern und edelacht anmuten. Deswegen thront nach den höchsten Worten Gottfried Lessers bei ihm „inmitten der Ideenreue und Regenbogen, der Aikemalder und Sternensaat, der rauschenden und blinkenden Gemitter, inmitten all des Feuerwerks der Höhe und Tiefe, in diesen taumelnden, schillernden Weltmantel gehüllt der Unendliche, groß aber voll Liebe, heilig aber ein Gott des Lächelns und des Scherzes, furchbar von Gewalt, doch sich schmiegend und bergend in eine Kindertraut, hervordringend aus einem Kindesauge wie das Osterhaschen aus Blumen.“

## Schlussdienst.

**Die Ueberreichung der deutschen Antwortnote.** — Paris, 12. November. Der deutsche Botschafter v. Hoffsch überreichte heute vormittag Außenminister Briand die deutsche Antwort auf die letzte Note der Botschafterkonferenz.

**Freigabe der griechisch-bulgarischen Grenze.** — Sofia, 12. November. Die griechische Regierung hat die griechisch-bulgarische Grenze für den normalen Verkehr wieder geöffnet. Alle bulgarischen Ge-



langenen sind von den griechischen Behörden freigegeben worden.

**Verhaftungen in Kallutta.**

Kallutta, 12. November. Im Zusammenhang mit der Entdeckung einer Geheimverschwörung zur Verhaftung von Bomben hat die Polizei neun Eingeborene aus Bengalen in einer Vorstadt Kalluttas verhaftet und in Kallutta selbst zwei weitere Verhaftungen vorgenommen.

**Der Fall Barmat.**

Aus dem Preussischen Landtag.

— Berlin, den 11. November 1925.

Zunächst erlebte der Preussische Landtag die dritte Beratung des Weizenbrotgesetzes zur Verringerung des preussischen Ausfuhrzolls zum Finanzausgleich.

Die dann folgende zweite Beratung des Haushalts der Preussischen Staatsbahn wurde eingeleitet durch eine Vernehmung des Reichspräsidenten Dr. Hindenburg.

Der Reichspräsident Dr. Hindenburg ging auf die hieraus sich ergebenden Fragen ein, soweit die erforderlichen Aufklärungen durch die Sachverständigen und die parlamentarischen Untersuchungen dies zulassen. Abgesehen von der historischen Feststellung, daß die beherrschenden Verhältnisse der Staatsbahn in die Inflationsperiode fielen, die die Führung der Geschäfte überaus erschwert habe, hätten gewisse persönliche Umstände eine Rolle gespielt.

Abg. Kuttner (Soz.) meint, der Barmat-Anschluß habe dem Senatatspräsidenten nachgedacht. Die ganze Sache wäre vielleicht nicht so weit gediehen, wenn sie nicht in die Hände einer reaktionären, parteilichen, knappten Anstaltsbehörde gelangt wäre. In diesem Punkte ist die Aufklärung durch den Reichspräsidenten auf Grund der Anamnese ungemein herabzusetzen. Dieser Vorwurf ist juristisch ganz unhaltbar, denn die Anamnese betrifft nur politische Verbrechen und Vergehen. Was den Fall Barmat angeht, so habe auch der Reichspräsident sich dafür interessiert, daß es sich bei Barmat nicht um einen „Schieber“ handelt.

Abg. Widemann (Dnt.) betont, Kuttner und seine Freunde hätten das Interesse an dem Barmatfall durch den Vorwurf gegen V. Gildorf und abzugeben verübt. Die Sozialdemokraten behaupten, es sei von der Anstalt nichts übrig geblieben. Der frühere Reichskanzler Bauer hat einen Empfehlungsbrief für Barmat geschrieben und ihn als kreditwürdig bezeichnet; das geschah in einer Zeit, als er noch im Amt war.

Der Reichspräsident Dr. Hindenburg erklärte, daß im Falle Kaufmann noch das Landgericht sprechen müsse; man könne also nicht sagen, daß die Sache durch Anamnese bereits erledigt sei. Abg. Widemann (Dnt.) betont, Kuttner und seine Freunde hätten das Interesse an dem Barmatfall durch den Vorwurf gegen V. Gildorf und abzugeben verübt. Die Sozialdemokraten behaupten, es sei von der Anstalt nichts übrig geblieben. Der frühere Reichskanzler Bauer hat einen Empfehlungsbrief für Barmat geschrieben und ihn als kreditwürdig bezeichnet; das geschah in einer Zeit, als er noch im Amt war.

Abg. Dr. Schöner (Soz.) erklärt, daß aus der Barmat-Angelegenheit nicht eine Barmat-Angelegenheit geworden wäre, wenn man sie nicht aus parteipolitischen Gründen politisch aufgegeben hätte. Von der ganzen Barmat-Angelegenheit ist nichts übrig geblieben als das berühmte kleine Mäuschen. Kuttner sei ein skrupelloser Glücksritter gewesen, mit dem Barmat nicht zu vergleichen sei. Wie die Staatsbahn sich habe betreiben lassen, sei ein Zeugnis für die Unfähigkeit der leitenden Beamten.

Zum Fall Kuttner erklärt ein Regierungsvertreter, daß die Anklage nicht fertig gestellt sei. Dabei zeigt er einen dicken Band vor, um zu demonstrieren, was da an Arbeit geleistet ist.

Abg. Dr. Winterfeld (D. Sp.) meint, die Barmat-Angelegenheit habe die parlamentarischen Untersuchungskommissionen überfordert. Darüber hinaus aber müsse man fragen, wie es kam, daß in einer wirtschaftlich verworrenen und trostlosen Zeit andersgedankt zwei unvollständigen Ausländern aus öffentlichen Mitteln der Aufbau eines ausgedehnten Geschäftes in Deutschland ermöglicht wurde. An die Spitze der Verhandlung müßten Männer mit richtigem Blick für die verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnisse.

Zum Schluss der Sitzung wurde noch die Novelle zum Finanzausgleichsgesetz in dritter Lesung angenommen.

**Hindenburg in Stuttgart.**

Begeisterte Begrüßung.

Reichspräsident v. Hindenburg traf Mittwoch vormittag kurz nach 9 Uhr mit dem Berliner Schnellzug zum Besuch der württembergischen Regierung in Stuttgart ein. Als der Reichspräsident, der sich in Begleitung des württembergischen Landeshauptmanns in Berlin, Vosler, sowie des Staatssekretärs Dr. Meißner und des Majors v. Hindenburg, befand, dem Salonwagen entstieg, wurde er vom Staatspräsidenten Bazzile auf das herzlichste begrüßt, worauf der Reichspräsident auch den übrigen zum Empfang erschienenen Herren die Hand drückte.

Der Reichspräsident schritt dann unter den Klängen des Deutschland-Liedes die inmitten des Bahnhofsvorplatzes aufgestellte Ehrenkompanie des Reichswehrinfanterieregiments 13 ab, auf deren linkem Flügel die Generalität der alten Armee Aufstellung genommen hatte. Während sich der Reichspräsident mit diesen Herren unterhielt, stellte sich die Ehrenkompanie zum Paradeaufmarsch auf, den der Reichspräsident, umgeben vom Staatspräsidenten, von den übrigen zum Empfang erschienenen Herren und der Generalität abnahm.

Die Fahrt zum Residenzschloß.

Dann bestieg der Reichspräsident mit dem Staatspräsidenten einen offenen Kraftwagen und fuhr unter der Eskorte einer halben Schwadron württembergischer und einer halben Schwadron badischer Truppen weichen von den Häusern und den Flaggenmasten, und eine ungeheure Menschenmenge umsaumte die Straßen und bereitete dem Reichspräsidenten auf dem ganzen Wege mit jubelnden Hochrufen und Huteschwenken einen begeisterten Empfang. Militärische und andere Vereinigungen, sowie die Studentenschaft mit ihren Fahnen und die Schulfugend bildeten Spalier. Am weiten Riereck des Residenzschlosses hatte eine Ehrenwache der Schutzpolizei sowie die farbentragenden Studentenverbindungen mit ihren Fahnen und eine unüberschaubare Menschenmenge Aufstellung genommen. Unter den Klängen des Deutschland-Liedes schritt der Reichspräsident die Front der Ehrenwache ab. Entblättern Hauptes stimmte die Menge mit der Musik das Deutschlandlied an. Der Reichspräsident ging dann auch noch die Front der studentischen Korporationen entlang und dankte, wiederholt sich verneigend, für die ihm dargebrachten Huldigungen. Alsdann begab sich der Reichspräsident nach dem Staatsministerium, wo ihm die Minister, das Präsidium des Landtags, die Fraktionsführer und höhere leitende Beamte vorgestellt wurden.

Die Trinksprüche.

Im Staatsministerium fand um 1 Uhr zu Ehren Hindenburg ein Frühstück statt, bei dem Staatspräsident Bazzile an den Reichspräsidenten eine Ansprache richtete, in der er u. a. ausführte: In der beflaggenvertretenen Zerkissenheit des deutschen Volkes verfürern Sie. Herr Reichspräsident, allein seine Ein-

gett, für Sie gibt es keine Parteien, sondern nur ein deutsches Volk. Mit Ihnen, Herr Reichspräsident, befehlt uns alle der glühende Wunsch, daß es Ihnen beschieden sein möge, in Nacht und Nebel der Zukunft den Weg zu finden, der das deutsche Volk nach so vielen Irrungen zur Einheit und damit zum Heile führt.

**Die Antwort Hindenburgs**

gipfelte in folgenden Sätzen: Mehr Geschlossenheit in den großen lebenswichtigen Entscheidungen, mehr gegenseitiges Vertrauen der verschiedenen Schichten, mehr festes Bannes zueinander ist uns bitter nötig. Klaffen in Klassen und Stände, nicht Parteien und Verbände in gegenseitiger Abschließung und Befehdung, keine Gemeinschaftsgefühl und der Geist dienender, sondern oberer Vaterlandsliebe sind der Boden, auf dem allein wir eine bessere Zukunft aufbauen können, auf dem Gebanke der Zusammengehörigkeit aller Deutschen der Württemberg von jeder feste Wurzel hat gerade in der Vergangenheit darf ich die feste Gewißheit annehmen, daß Württemberg auch in Zukunft ein Kern des Reichsgedankens sein wird.

Gegen fünf Uhr stutete der Reichspräsident dem Reichswehrkommandeur, Generalleutnant Hoffe, einen Besuch ab, an dem sich eine See-Partei ausnahm, die außer den höheren Offizieren des Reichswehres auch einige ältere Generale Einladungen erhalten hatten. Um sechs Uhr abends wurde im neuen Schloß im engeren Kreise das Abendessen eingenommen, zu dem u. a. auch der bayerische und der sächsische Landeshauptmann, der württembergische Landeshauptmann in München, der Reichspräsident des Landesfinanzamtes, der Reichslandeshauptmann und der Oberpostdirektor von Stuttgart zugegen waren.

**Der Einfluß der Soldatenräte.**

Beendigung der Sachverständigenvernehmung im Dolchstoßprozeß.

Im Münchener Dolchstoßprozeß gab der Sachverständige Oberst a. D. Schwerdtfeger zu keinen Auslassungen noch eine ergänzende Erklärung ab. Zuvor wurde nochmals der Sachverständige General von Kuhl vorgelesen. Die Frage des kaiserlichen Anwalts, ob Deutschland im September 1918 und in der Revolution nicht hätte weiterkämpfen können, wenn die Revolution nicht ausgetrieben wäre, bejahte der Sachverständige und erklärte, wir hätten weiterkämpfen können, wenn wir eine Kampfanleitung bekommen hätten. Der Zeuge bezeichnete weiter die Offensiven von 1918 als eine Leistung, die zu den größten Taten der Kriegsgeschichte gehört. Kein anderer General hätte die Sache besser machen können.

Hierauf äußerte sich noch einmal der Sachverständige Major Volkmann über die Wirkung der Revolution auf das Heer.

Die D. S. L. hatte zunächst die Absicht, das Heer geschlossen hinter den Rhein zurückzuführen, dort einen starken Grenzschutz auszubauen, zuverlässige Truppen in die einzelnen Provinzen zur Wiederherstellung der Ordnung zu schicken und einen Teil der Truppen nach Polen zu entsenden, wo sich bereits die polnische Einfallsbewegung fühlbar machte.

Diese Absichten konnten wegen des überraschenden Verfalls des Heeres nicht durchgeführt werden, der sich auch darin zeigte, daß die Truppen, die am 1. Januar dem Heerführer noch wohl diszipliniert waren, sofort dem Einfluß der Soldatenräte verfielen, als das Rheinland erreicht war.

Nur mit äußerster Mühe gelang es durchzuführen, daß die Militärtransporte sich noch einigermaßen regelmäßig abwickelten. Hunderttausende von Soldaten wurden von den Soldatenräten willkürlich in die Heimat entlassen.

Freitag, den 13. Nov., abends 8:30  
**Radio-Vortrag**  
und Vorführungen durch Lautsprecher  
Firma „Hessenfunk“ Cassel  
Brüderstraße 19/21  
Ort: Stadtschule Eintritt: frei

  
**Frische Fische**  
angefommen.  
Richard Mohr.

  
**Preisabbau.**  
**Prima Rindfleisch**  
z Pfund 90 Pfg.  
M. Katz, Metzgerei.

**Webers Original-Schrotmühlen**  
spotbillig, abzugeben bei  
Richard Mohr

Wenn Sie  
**Zöpfe, Kopfwässer**  
**Seifen,**  
oder sonstige Artikel zur Körperpflege  
brauchen, dann gehen Sie in das  
Friseurgeschäft  
**Max Munzer.**

**Zum Schlachten**  
empfehle sämtliche  
**Zutaten**  
in allerbesten Qualität  
**Richard Mohr.**

**Gemischter Chor**  
„Viedertränzen“  
Donnerstag abend keine  
**Gesangsstunde**  
Der Vorstand.  
**Junger Hausbursche**  
sodort gesucht  
Wih. Mohr.  
**Inserieren bringt Gewinn!**

**Sauche-Bumpen, Fässer, Trichter, Riemen, Eimer,**  
offert  
**Richard Mohr.**

Erstklassige festgepreßte  
**Brifetts**  
Georg Meurer.

**Öffentliche Auspielungen**  
Wer ohne behördliche Erlaubnis öffentliche Lotterien veranstaltet, wird nach § 286 des Strafgesetzbuches mit Gefängnis bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 3000 R Mark bestraft. Den Lotterien stehen öffentlich veranstaltete Auspielungen beweglicher oder unbeweglicher Sachen gleich.  
Espangenberg, den 9. November 1925.  
Die Polizeiverwaltung,  
Schier.

**Badeanstalt in der Stadtschule.**  
Die Schulbadeanstalt (2 Bäder) wird für den Gebrauch durch Erwachsene freigegeben. Preis: 0,75 R-M. je Bad. Badezeit: an jedem 2. Sonnabend, am 31. Oktober beginnend, und zwar am späten Nachmittag. Anmeldung vorher jedesmal beim Hausmeister Schmidt, der die nähere Badezeit festsetzt und das Badegeld vor der Abgabe des Bades erhebt.  
Espangenberg, den 22. Oktober 1925.  
Der Schulbadeanstaltsvorsteher,  
Schier.